

**Niederschrift der 36. Ratssitzung vom 22.03.2018**

**Ort:** Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526  
Sangerhausen

**Tag:** 22.03.2018

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 18:55 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 24 Stadträte

Herr Udo Lucas	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
Herr André Reick	B.I.S. / FBM

Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn Rotfelser	BOS

Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
---------------------	------------------

Herr Harald Oster	FDP
-------------------	-----

Herr Harald Koch	fraktionslos
------------------	--------------

**entschuldigt fehlten:**

Herr Thomas Klaube	CDU
Herr Frank Schmiedl	CDU
Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM
Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Mario Milde	FDP

<b>verspätet erschienen:</b>	Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN	16:09 Uhr
	Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN	16:15 Uhr
	Frau Monika Rauhut	BOS	16:15 Uhr

<b>vorzeitiges Verlassen:</b>	Frau Regine Römmisch	CDU	18:20 Uhr
-------------------------------	----------------------	-----	-----------

**sachkundige Einwohner:** Herr Veit Baeske  
Herr Heiko Blesse  
Frau Ilka Gädke  
Herr Uwe Görlich  
Herr Rudolf Henkner  
Herr Toni Künzel  
Herr Ralph Kujawski  
Frau Ulrike Lange  
Herr Ulrich Mannheim  
Herr Karl-Heinz Mehmel  
Frau Iris Reiche  
Frau Katrin Scheffel  
Frau Martina Schneidewind  
Herr Axel Sell  
Frau Inge Windolph

<b>stellv. Ortsbürgermeister:</b>	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf
-----------------------------------	--------------------	--------------

<b>Stadtverwaltung:</b>	Herr Matthias Knobloch	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen
	Herr Mario Bößenroth	stellv. Fachbereichsleiter Bürgerservice
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlich- keitsarbeit, Städtepartnerschaften
	Frau Annette Brenneiser	Referentin Organisation und Wahlen
	Frau Maria Diebes	Fachdienst Stadtplanung
	Frau Karin Schiller	SB Referat Ratsbüro
	Frau Simone Jung	SB Referat Ratsbüro

<b>Tagungsleitung:</b>	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates
------------------------	----------------------	-----------------------------

#### **Tagesordnung gemäß Einladung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
  - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 07.12.2017
  - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 35. Ratssitzung vom 22.02.2018
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 6.0 Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates
  - 6.1 Entsendung einer sachkundigen Person in den Aufsichtsrat der SWG Städtischen Wohnungsbau GmbH Sangerhausen
  - 6.2 Wahl des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"

- 6.3 Wahl des 1. Stellvertreters für die Vertretung der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"
- 6.4 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Wippra der Stadt Sangerhausen
- 6.5 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Grillenberg der Stadt Sangerhausen
- 6.6 Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung - Sanierungsgebiet Wippra-Ortskern
- 6.7 Aufstellungsbeschluss der örtlichen Bauvorschrift über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung von Anlagen der Außenwerbung und die Aufstellung von Warenautomaten in der Kernstadt der Berg- und Rosenstadt (Werbeanlagensatzung)
- 6.8 Übernahme und Widmung der Straße Gonnaufer
- 6.9 Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss Entwicklungssatzung "Heizwerk Ost"
- 6.10 Beschluss über die Neuausfertigung des Flächennutzungsplanes
- 7. Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung**
- 7.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz
- 8. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

## **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek eröffnet die 36. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 24 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1. - 6.10 und 8. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 7. - 7.1 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

16:02 Uhr  
Herr Koch geht = 24

## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

### **Abstimmung über die Tagesordnung**

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

### **Glückwünsche zum Geburtstag**

Herr Skrypek und Herr Strauß gratulieren Herrn Volker Schachtel im Namen des Stadtrates nachträglich zu seinem Geburtstag.

### **3. Genehmigung von Niederschriften**

#### **3.1 Genehmigung der Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 07.12.2017**

##### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen = 23  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

#### **3.2 Genehmigung der Niederschrift der 35. Ratssitzung vom 22.02.2018**

##### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen = 23  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

16:06 Uhr  
Herr Koch kommt = 25

### **4. Bericht des Oberbürgermeisters**

*Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 23.03.2018 zugeschickt.*

16:09 Uhr  
Frau Block kommt = 26

### **5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

#### **Anfrage des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion**

*Herr Mrozik fragt, ob die im letzten Absatz des OB-Berichtes angesprochene Anordnung von Tempo 30, auch für den Landkreis und für Landesstraßen gilt. Das wäre für Großleitungen sehr wichtig. Die Ortschaft kämpft schon mindestens 20 Jahre dafür, eine 30-Zone zu bekommen. Mit Verweis auf die Schulkinder, die keine Gehwege vorfinden, hofft er, dass das eingeplant wird.*

#### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß erklärt, dass für Ortsdurchfahrten (Kreisstraßen) der Landkreis zuständig ist. Grundsätzlich gilt die StVO auch für den Landkreis.*

#### **Wortmeldung der Stadträtin Frau Stahlhacke, CDU-Fraktion**

*Frau Stahlhacke spricht die Verkehrssperrung in der Kyllischen Straße an, die sehr nachteilig für die Anwohner und Gewerbetreibenden ist. Von Seiten der Baufirma wurde versucht, das einigermaßen zu regeln. Sie schildert ein sehr ungünstiges Ereignis (Nacht-Notdienst in der Apotheke), bei dem es dazu kam, dass der Kurierfahrer, der ein sehr dringend erwartetes*

Medikament anliefern sollte, von der Polizei nicht durchgelassen wurde. Das ist sehr ärgerlich, wenn hier nicht professionell gehandelt wird. Im Rahmen des nächsten Bauabschnittes wäre ein Schild: "Anlieger frei", sehr hilfreich.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* wird das prüfen lassen.

16:15 Uhr  
Herr Jung und  
Frau Rauhut kommen = 28

### **Anfragen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion**

*Herr Peche* kommt auf den Bericht des Oberbürgermeisters zurück. 1.) wertet er es positiv, dass der Antrag auf Liquiditätshilfe beim zuständigen Fachministerium eingegangen ist und fragt, warum dieser erst am 01.03.2018 auf dem Dienstweg im Ministerium angekommen ist, wenn er bereits am 08.01.2018 versandt wurde. Er möchte wissen, wann überhaupt mit einer Aussage zu rechnen ist, damit weiter geplant werden kann. 2.) hofft er, dass Herr Kemesies den Ratsvorsitzenden über den Vorschlag der B.I.S./FBM-Fraktion aus der letzten Sitzung informiert hat, einen Rats-Stammtisch einzuführen. Die Räte wollen auch hier nicht wegen dem Dienstweg, 3 bis 4 Monate warten. Es wäre schön, schon etwas weiter zu sein. Seine Fraktion hat das nicht umsonst eingebracht, denn die Zeit drängt. Man braucht nicht erst 4 Wochen vor der nächsten Kommunalwahl damit angefangen. 3.) lobt er noch einmal das Engagement der Kommunen, Oberbürgermeister und Bürgermeister zum Politischen Aschermittwoch in Eisleben. Wenn man aber jetzt hört und aus der Zeitung erfährt, dass die Landesregierung im Jahr 2019 hier eine Sitzung des Landtages oder eine Kabinettsitzung plant, dann ist das eine Ohrfeige für diese Veranstaltung und für jeden Kommunalpolitiker. Das muss in die Öffentlichkeit und der Stadtrat sollte eine Resolution verfassen und damit ausdrücken, dass er nicht einverstanden ist. "Was in Magdeburg zur Zeit gemacht wird, treibt uns genau in die andere Richtung."

### **Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek**

*Herr Skrypek* informiert, dass er zu 2.) bereits mit dem Ratsbüro über den Vorschlag der B.I.S./FBM-Fraktion gesprochen hat. Demnächst werden alle Fraktionsvorsitzenden zu einer Beratung eingeladen, in der die Modalitäten und Abläufe festgelegt werden. Es sollte eine gemeinschaftliche Aktion werden.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* kommt noch einmal auf den langen Dienstweg zu sprechen, der über den Landkreis (Kommunalaufsicht) und das Landesverwaltungsamt führt und einzuhalten ist. Die Liquiditätshilfe ist eine finanzielle Hilfe aus dem Ausgleichsstock, die man beantragt, wenn man kurz vor der Insolvenz steht. Er weist auf die ca. 4 Mio. Euro Außenstände der Kreisumlage und auf den Stundungsantrag hin, der seitens des Landkreises bisher nicht bewilligt wurde. Aus diesem Grund ist eine schnellstmögliche Entscheidung erforderlich. Dem Finanzminister ist das durchaus bewusst. Mit dem späten Termin einer Kabinettsitzung im Landkreis geben sich auch die Bürgermeister und Oberbürgermeister nicht zufrieden. Am Montag sprach er darüber mit der Landrätin. "Wenn die nicht hierher kommen, dann fahren wir nach Magdeburg."

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Schmidt, BOS-Fraktion**

*Herr Schmidt* weist 1.) darauf hin, dass Wasser ein Nahrungsmittel und wahrscheinlich das wichtigste ist. In Riestedt kann man derzeit an manchen Stellen nicht mehr von Trinkwasser reden. Hier kommt nur noch "braune Brühe" aus dem Wasserhahn. Er erfuhr durch Dritte, dass eine Spülung stattfand. Danach war das Wasser braun und direkt am Wasserhahn mit Quarzsand versetzt. Noch dazu war ein Kollege von der Hygiene anwesend. Das gleiche

Problem trat in der Freien Grundschule Riestedt, speziell in der Schulküche auf. Es gibt Fachkräfte, die sich schnellstens bewegen sollten. Der Wasserverband war mit der Geschäftsführerin vor Ort. Es kann nicht sein, dass die Freie Grundschule selbst die Mittel für Filter usw. aufbringen muss. Die Riestedter hoffen, dass hier schnellstens Hilfe von Seiten des Wasserverbandes kommt, sodass die Ursachen gefunden und mit den Schäden behoben werden können. Er hofft auch, dass die künftigen Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes, sich aktiv dafür einsetzen. Hier sind Menschen betroffen. Der Verband sollte den Ortsbürgermeister und die Einwohner rechtzeitig darüber informieren, wenn solche Aktionen stattfinden. 2.) Mit Hinweis auf den Oberbürgermeisterbericht betont er, dass er sich im Rathaus auskennt. Er weiß ganz genau, wo er die Probleme seiner Ortschaft ansprechen und klären kann. 3.) informiert er, dass das MDR-Fernsehen am Sonntag um 9:00 Uhr die Sendung: "Riestedt hat Wochenende" ausstrahlt.

### **Anfragen des Stadtrates Herrn Oster, FDP-Fraktion**

*Herr Oster* schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmidt und Herrn Peche an, die die Themen Wasser und Finanzen angesprochen haben. Der Finanzminister hat am 20.03. in der MZ angekündigt, dass es im neuen Gesetz um weitere 40 Mio. Euro für schwache Kommunen geht. Aus seiner persönlichen Sicht möchte er zum Ausdruck bringen, dass das insgesamt eine Mogelpackung ist. 1.) ist das Verfahren, das in der Zukunft eine Leistung ermöglichen soll, auf das doppelte Papiervolumen angestiegen, wodurch die behördlichen Hürden noch höher werden. Das Entscheidende ist, dass diese Finanzhilfe für das gesamte Land viel zu gering ist. Allein beim Landkreis beträgt das Defizit aus dem übertragenen Wirkungskreis, 18 Mio. Euro seit dem Jahr 2010. Hierbei ist die Mehraufwendung der Schülerbeförderung, auf Grund der Grundschulschließungen, noch nicht berücksichtigt. Er fragt, was die Stadt beabsichtigt, weiterhin in dieser Sache zu unternehmen. Dass eine Sitzung hier stattfinden soll, ist erst einmal gut, um auf die Probleme aufmerksam zu machen. Es ist aber nicht ausreichend. Bereits im Vorfeld, wenn das Gesetz auf den Weg gebracht wird, sollte man sich zumindest noch einmal artikulieren. 2.) Die Heinrich-Heine-Schule soll saniert werden. Der Landkreis hat die Zuständigkeit für das Gebäude. Er gibt zu bedenken, dass der dadurch zusätzliche Schülerverkehr von geschätzten 1,5 Mio. Euro, auf alle Bürgerinnen und Bürger umgelegt wird. Die Renovierungsmaßnahmen sind seines Erachtens nicht zielführend. Das Ziel sollte sein, Kosten einzusparen. Die Beförderung ist nicht nutzbringend, sondern eher lernbehindernd für die Kinder. Es sollten Alternativen geprüft werden. Auch in dem Fall möchte er wissen, welche Möglichkeiten die Stadt hat, Einfluss zu nehmen. Er und Frau Kümmel haben in den Fraktionsrunden mit der Landrätin immer die Position vertreten, eine andere Lösung hier in Sangerhausen zu finden. Das 3. Problem betrifft die Parkplatzsituation am Kaufland. Er erinnert an die Bürgerschaft und fragt, welche Möglichkeiten es gibt, diese Bürgerschaft zu aktivieren, um woanders Parkflächen zu schaffen. Dazu möchte er gern Auskunft und darüber, ob es in Bezug auf Parkmöglichkeiten allgemein, möglich ist, Alternativen zu schaffen. Das ist für die Innenstadt sehr wichtig. Gibt es Möglichkeiten, bestehende Parkflächen zu erweitern oder andere Flächen zu nutzen? Die FDP-Fraktion ist sicher, dass mehr Parkflächen und besseres Parken auch mehr Interessenten in die Innenstadt lockt, was zur Belebung des Wohn- und Geschäftsbereiches führt.

### **Antworten des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* antwortet zu 1.). Da die Landesregierung nicht vorhat, ihre Kabinettsitzung noch im Jahr 2018 in Sangerhausen abzuhalten, sagte er bereits vorhin, dass man dann nach Magdeburg fährt. Das betrifft zum einen das gemeinsame Vorgehen vieler Bürgermeister, Ortsbürgermeister und Stadträte und zum anderen Einzeltermine zu spezifischen Themen der Stadt Sangerhausen. Hier wird permanent daran gearbeitet. Neben dem Antrag auf Liquiditätshilfe, die nur eine Überbrückungsleistung darstellt, wird bereits jetzt ein weiterer Antrag auf Bedarfszuweisung für vergangene Jahre, in nicht unerheblicher Höhe, gestellt. Der überarbeitete Runderlass bietet die Möglichkeit, auch für Folgejahre, Anträge auf Bedarfszuweisungen beim Land Sachsen-Anhalt zu stellen. Der Umfang ist wirklich höher, aber es gibt durchaus positive Entwicklungen. Z.B. wurde die Quote der zulässigen freiwilligen

Leistungen erhöht. Natürlich wäre es ihm lieber, wenn die Einnahmen dauerhaft steigen, aber die Ausgaben werden dabei auch Thema sein, gemäß dem Haushaltskonsolidierungskonzept, das sich der Stadtrat auferlegt hat. In den nächsten Sitzungen muss darauf zurückgekommen werden. Zum 2. Thema: Heinrich-Heine-Schule bestätigt er, dass das in der Zuständigkeit des Landkreises liegt. Die Stadt und er persönlich haben angeboten, den Landkreis bei der Suche nach geeigneten Grundstücken, Standorten, Erschließungen, Gebäuden usw. zu unterstützen. Im Landkreis ist die Entscheidung gefallen, dass es insbesondere aus Gründen des Aufwandes und der Kosten, nicht zu einer alternativen Containerlösung kommen soll. Die Angelegenheit ist im Kreistag zu beraten. 3.) hat die Bürgerschaft nichts mit der Parkplatzsituation und der Kontrolle der Parkregelungen am Kaufland zu tun. Die Bürgerschaft steht nicht für sich allein. Sie ist an Voraussetzungen gebunden, die u.a. der damalige Landkreis Sangerhausen hätte erfüllen müssen. Da diese auch nicht vom Nachfolger (Landkreis Mansfeld-Südharz) erfüllt werden, kann man auf die Bürgerschaft nicht zurückgreifen. Zur Zeit erfolgt eine juristische Prüfung. Nächsten Donnerstag hat er dazu einen Termin. Er wird dann ausführlicher darüber berichten, entweder in einer Runde mit den Fraktionsvorsitzenden oder in einer Sitzung des Hauptausschusses. Vorschläge betreffs freier oder zu erweiternder Flächen für mehr Parkmöglichkeiten nimmt die Stadt gern entgegen. Er teilt nicht unbedingt die Auffassung, dass durch mehr Parkflächen in der Stadt, automatisch bzw. gesetzmäßig eine Belebung erfolgt. Aber ungeachtet dessen, ist das Ziel, möglichst zahlreiche Parkplätze anzubieten.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos**

*Herr Koch* spricht noch einmal das Thema: 'Protestbewegung Kommunalfinzen' und den Artikel vom 14.03. in der MZ, mit der Aussage: "Sie kommen aber später.", an. An dem Tag fand die Kreistagssitzung statt, in der er die Landrätin fragte, warum sie in ihrem Bericht nicht darauf eingegangen ist. Sie antwortete, dass sie die MZ Sangerhausen nicht liest. Er hat den Eindruck, dass die Sache wieder einschläft. Die Bewegung fand in einer Zeit statt, als die Kommunen noch mehr unter Druck standen. Die Haushaltspläne lagen zur Prüfung vor und man rechnete mit extremen Auflagen bzw. Ablehnungen. Es geht nicht darum, dass man sich mit ein paar Förderprogrammen abspesen lassen will. Das Grundproblem ist, dass die Kommunalfinanzausstattung unzureichend ist. Seines Erachtens sind für den Landkreis insgesamt eine halbe Milliarde Euro erforderlich, um wieder auf die Füße zu kommen. Allein die Verschuldung des Landkreises und der Kommunen beträgt zusammen über 250 Mio. Euro. Die Stadt will wieder selbst über die Finanzen entscheiden, die ausreichend zur Verfügung stehen und sich nichts über Förderprogramme vorschreiben lassen. Er betont, dass er schnellstens eine Sitzung hier vor Ort will, sodass eine breite Masse teilnehmen kann. Er befürchtet, wenn das in Magdeburg stattfindet, dass wieder ausgewählte Vertreter teilnehmen, die sich einschüchtern lassen.

### **Anfragen der Stadträtin Frau Stahlhacke, CDU-Fraktion**

*Frau Stahlhacke* dankt 1.) Herrn Oster, dass er das Thema: Heine-Schule eingebracht hat. Es wäre schade, wenn hier nichts gemacht werden kann. Es geht um Sangerhäuser Schüler, die für mindestens 3 Jahre mit dem Schülerverkehr nach Eisleben fahren müssen. Was ist, wenn einmal ein Schüler vorzeitig abgeholt werden muss? Das ist für viele nicht machbar. Sie fragt, ob man sich zu einer Aktion zusammenschließen und doch etwas tun kann, um auch den Schülerelternrat zu unterstützen. 2.) betont sie noch einmal, dass die Parkplätze durchaus wichtig für die Innenstadt und die Innenstadthändler sind. Der Schützenplatz ist wie ein Eingangstor der Stadt.

### **Antworten des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* wiederholt zu 1.), dass die Sekundarschule Kreisangelegenheit ist. Die Stadt hat ihre Unterstützung angeboten und wenn diese nicht angenommen wird, sind die Handlungsmöglichkeiten der Stadt und des Stadtrates begrenzt. 2.) Zur Parksituation betont er noch einmal, dass sich der Parkplatz am Kaufland nicht in städtischem Eigentum sondern im Privateigentum befindet. Er stellt klar, dass er nicht gesagt hat, dass mehr Parkplätze nicht

wünschenswert wären. Er glaubt nur nicht, dass es einen Automatismus zwischen einströmender Kaufkraft und der Anzahl der Parkplätze gibt.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Hüttel* schließt sich den Meinungen zum Thema: Heine-Schule an, denn die Schule befindet sich in der Stadt Sangerhausen. Seines Erachtens ist das Problem im Kreistag entstanden. Er vergleicht die Maßnahmenauswahl mit der geplanten Sanierung der Thälmannstraße. Eine Alternativlösung wurde vom Kreistag nicht angenommen und letzten Endes hat dieser mehrheitlich entschieden. Es gibt ein Grundstück, das die SWG zur Verfügung stellen würde. Die Wohnungsgesellschaft hat auch ihre Unterstützung zugesagt. Über eine Bürgerbewegung und die Presse könnte versucht werden, eine Änderung zu erwirken. Ansonsten sieht er keine Möglichkeiten. "So traurig es ist, Verwaltungen können nicht umdenken. Wir haben das Geld und das ist, was die Leute nicht mehr verstehen." Das gleiche oder sogar weniger Geld könnte für einen Neubau (unweit der Schule), statt für die Renovierung einer alten Schule, ausgegeben werden. Dass sogar noch ein vorzeitiger Baubeginn eingeplant wurde, ist nicht zu verstehen. Da die Verwaltung es nicht tut, sollte eine Bürgerbewegung und die Presse beim Finanzminister nachfragen, ob die Möglichkeit einer Änderung besteht. In diese Richtung sollte definitiv gearbeitet werden.

### **Anfragen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion**

*Herr Peche* macht folgenden Vorschlag. Die Stadträte sollten hier und heute eine gemeinsame Erklärung abgeben, dass sie mit der Entscheidung des Kreistages nicht einverstanden sind und dass gewünscht wird, das Ganze noch einmal zu überdenken, sodass die Schüler nicht so weit fahren müssen. Das ist nicht parteipolitisch. Er kritisiert folgende zynische Äußerung der Landrätin aus der MZ. "Die Kinder aus der Kreisstadt können dann auch mal mit dem Bus etwas fahren." Das ist wie eine Ohrfeige. 3 Jahre sollen die Kinder nach Eisleben fahren. Die B.I.S./FBM-Fraktion stellt den Antrag, dass der Stadtrat heute eine Resolution verabschiedet und hofft auf große Unterstützung und Beteiligung.

### **Wortmeldung des Stadträtin Frau Kümmel, Fraktion DIE LINKE.**

*Frau Kümmel* stellt fest, dass hier von zwei grundsätzlich verschiedenen Sachen geredet wird. Herr Peche hat angesprochen, dass er die Kinder nicht 3 Jahre lang fahren lassen will. Herr Hüttel hatte aber eine andere Sichtweise. Es ging darum, keine Sanierung sondern einen Ersatzneubau zu realisieren. Sie informiert über die Situation im Kreistag. Über ein STARK-Programm wurde ein Bauantrag gestellt, der nach langer Zeit in die Förderung aufgenommen wurde. Diesen müsste der Kreis zurücknehmen und es müsste eine vollkommen neue Planung erstellt werden, die dann mindestens erst einmal 2 Jahre zur Beantragung beim Landesverwaltungsamt liegt.

### **Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* erklärt, dass beide Themenkomplexe, das dreijährige Verfahren und der Antrag von STARK V mit vorzeitigem Maßnahmebeginn, eines gemeinsam haben: "Sie gehören beide nicht hierher."

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Kotzur* macht auf folgendes aufmerksam. "Es ist nicht Sache des Stadtrates, der Schulbau usw., aber es betrifft uns trotzdem." Es wurde schon mehrfach thematisiert, dass die Kommunen an Förderprogrammen hängen, die vorschreiben, was, wann, mit welchem Geld, gemacht werden muss. Selbst wenn erreicht werden würde, dass die Planungen für die Rekonstruktion der Heine-Schule zurückgenommen werden, dann ist das STARK-Programm beendet und es gibt diesbezüglich keine Mittel mehr. Er versteht auch nicht, dass die Antragstellung so lange dauern muss. Er weist darauf hin, dass die MZ kein Amtsblatt und folglich die Nachricht, dass die Landesregierung hier nicht tagt, nicht relevant ist. Wenn sie



nicht hierher kommen, dann gehen alle gemeinsam (Kreistag, alle Stadträte) nach Magdeburg, um vor der Staatskanzlei zu demonstrieren, genau wie das in Eisleben stattfand. Der Finanzminister kommt aus der Stadt und war jahrelang Ratsmitglied. Wenn er nicht weiß, was es hier für Probleme gibt, wer soll es sonst in der Landesregierung wissen?

## **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **6.0 Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates**

#### **- Abberufung:**

*Herr Skrypek:*

"Herr Sascha Groß (Fraktion DIE LINKE.) hat aus persönlichen Gründen die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner niedergelegt. Herr Groß war im Finanzausschuss tätig.

16:50 Uhr  
Frau Rauhut geht = 27

#### **Abstimmung über die Abberufung:**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

#### **Beschluss-Nr.: 1-36/18**

Damit ist Herr Groß als sachkundiger Einwohner abberufen."

#### **- Berufung und Verpflichtung:**

*Herr Skrypek:*

"Nach § 49 (3) i.V.m. § 47 (1) KVG LSA schlägt die Fraktion DIE LINKE. vor, Herrn Toni Künzel, wohnhaft in der Straße der Volkssolidarität 51, Sangerhausen, in den Finanzausschuss zu berufen.

#### **Abstimmung über die Berufung**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

#### **Beschluss-Nr.: 2-36/18**

Damit ist Herr Künzel als sachkundiger Einwohner berufen."

16:54 Uhr  
Frau Rauhut kommt = 28

## **- Verpflichtung:**

*Herr Skrypek* bittet Herrn Künzel nach vorn und verpflichtet ihn.

Verpflichtungstext:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.

Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt wurden und die Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert haben. Diese Erklärung liegt vor.

Damit ist die Verpflichtung gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

## **6.1 Entsendung einer sachkundigen Person in den Aufsichtsrat der SWG Städtischen Wohnungsbau GmbH Sangerhausen**

Begründung: Herr Strauß

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

*Herr Hüttel* hat 2 Probleme grundsätzlicher Art mit der Vorlage. Es geht nicht um die vorgeschlagene Person, Herrn Knobloch. 1.) ist der Aufsichtsratsvorsitzende der Oberbürgermeister und Herr Knobloch steht in einem sogenannten Abhängigkeitsverhältnis. Er fragt, ob das machbar ist. Persönlich sieht er hier ein rein rechtliches Problem. 2.) werden Bürger in den Aufsichtsrat gesandt, die Sangerhausen seit längerer Zeit kennen. Herr Knobloch ist noch nicht lange genug in Sangerhausen. In Hinsicht auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, ist darüber nachzudenken, ob danach noch einmal über die Besetzung des Postens mit Herrn Knobloch beraten wird. Vorerst sollte jemand anderes gefunden werden.

*Herr Strauß* weist darauf hin, dass es keine rechtlichen Gründe gibt, die gegen die Besetzung des Postens mit Herrn Knobloch sprechen, genau wie es in den vergangenen Jahren keine rechtlichen Gründe dagegen gab, dass Herr Schweiger diese Position ausübte. Zum jetzigen Zeitpunkt sitzen im Aufsichtsrat nicht ausschließlich nur Sangerhäuser Bürger. Die Amtszeit ist an die Legislatur des jeweiligen Gremiums gebunden. Er plädiert dafür, diese Aufsichtsratsstelle zu besetzen, weil durch den Rücktritt eines weiteren Mitgliedes, aktuell 2 Aufsichtsratsmandate frei sind.

*Herr Koch* unterstützt das Ansinnen von Herrn Hüttel dahingehend, dass er generell dafür ist, den Stadtrat mehr in die kommunalen Unternehmungen einzubeziehen, insbesondere in grundsätzliche Entscheidungen. Wenn es die Möglichkeit gibt, einen weiteren frei gewordenen Sitz, der bisher von einem Vertreter aus der Verwaltung besetzt war, neu zu besetzen, dann sollte die Chance genutzt werden, das aus dem Stadtrat heraus zu machen. Er verweist auf ein Papier des Innenministeriums (2008/2009), in dem geregelt ist, welche Personen geeignet sind, um in Aufsichtsräten und Verbandsgremien tätig zu sein. Hier wurde sehr viel Wert auf betriebswirtschaftliche Kenntnisse gelegt. Er könnte sofort ca. 10 Stadträte benennen, die diese

Voraussetzungen erfüllen. Ihn interessiert die Frage, inwieweit der Stadtrat Einfluss nehmen kann, hinsichtlich aufkommender Gedankengänge im Aufsichtsrat, z.B., ob schon einmal an einen Verkauf gedacht wurde. Er möchte solche Ansinnen schon im Ansatz zum ersticken bringen. Ihn interessiert, wie Herr Knobloch zur Frage des Verkaufes von Wohnungen an private Unternehmen steht und welche Vorstellungen er hat, wie es mit dem sozialen Wohnungsbau weitergehen wird. Hier ist die Nachfrage größer als das Angebot.

*Herr Peche* gibt Herrn Koch recht, dass der soziale Wohnungsbau gestützt werden muss. Er macht aber darauf aufmerksam, dass es sich hier um Aufsichtsräte der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft handelt. Z.B. in Bezug auf die Sanierung des Bahnhofes, bei der die Stadträte zahlreiche Bedenken, Hinweise und Kritiken geäußert haben, dass das keine Aufgabe der SWG ist, gab es nur einen, der dagegen gestimmt hat. Es ist nicht immer so, dass Fachkompetenz nur aus dem Stadtrat kommt. Seines Erachtens wurde die SWG für Aufgaben missbraucht. Andere Maßnahmen konnten nicht realisiert werden, um einen Bahnhof von 7,5 Mio.€ zu sanieren. Er betont, dass er nicht gegen den Bahnhof ist, aber man hätte andere Wege finden müssen.

*Herr Hüttel* stellt den Antrag auf eine geheime Wahl, auch wenn es aktuell nur einen Kandidaten gibt.

*Herr Skrypek* verweist auf die Beschlussvorlage und darauf, dass hier keine Wahl, sondern eine Abstimmung vorgeschrieben ist. Er lässt den Antrag abstimmen.

#### **Abstimmung über den Antrag auf geheime Wahl (Herr Hüttel)**

Ja-Stimmen	=	9
Nein-Stimmen	=	17
Stimmenenthaltungen	=	2

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

*Herr Peche* erklärt, dass es sich laut Tagesordnung um eine Abstimmung handelt. Hier kann höchstens ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt werden. Rein rechtlich hätte es in diesem Fall keine geheime Wahl geben können.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, Herrn Matthias Knobloch in den Aufsichtsrat der SWG Städtische Wohnungsbau GmbH zu entsenden. Die Entsendung erfolgt nach dem Tag der Beschlussfassung.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **17:10 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

### **Anfrage der Bürgerin Frau Iris Reiche, Sangerhausen, OT Lengefeld, Lengefelder Tal 24**

*Frau Reiche* geht es 1.) auch um Parkplätze und insbesondere um die unbefestigten Flächen am Parkplatz Nord (ehem. Agrarladen). Hier gibt es viele Löcher und man muss dort entlang fahren, um einen Parkplatz zu finden. Der Zustand ist schlimmer als auf der Straße nach Lengefeld. 2.) fragt sie, ob die Fläche unterhalb des Gaswerkes, die jetzt noch grün ist, als zusätzliche Parkfläche hergerichtet werden kann, vorausgesetzt, sie befindet sich im Eigentum der Stadt.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* wird zu 1.) die Straßensituation am Parkplatz Nord prüfen lassen, um im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu handeln. Zu 2.) befindet sich die Fläche nach seinem Wissen nicht mehr im Eigentum der Stadt Sangerhausen.

### **Anfrage der Bürgerin Frau Katrin Scheffel, Sangerhausen, Oberröblinger Straße 12**

*Frau Scheffel* hat eine Anfrage bzw. Anmerkung zum letzten Punkt des Oberbürgermeisterberichtes. Sie zitiert Herrn Peche, der folgendes sagte, als es um die Heine-Schule ging. "Wenn unsere Kinder betroffen wären, dann würden wir aber ... " Sie stellt die Frage in den Raum: "Was würden Sie alle tun, wenn es um Ihre Eltern gehen würde? Was würden Sie tun, wenn 10 bis 20 Jahre vergangen wären und Sie wären in der Situation in einem Pflegeheim leben zu müssen?" Insbesondere geht es ihr um das Pflegeheim in der Mühlgasse 32 mit einem sehr kleinen Garten, in dem sich nicht einmal alle aufhalten können. Die Bewohner möchten auch ab und an, auf und über die Straße. Besucher haben Schwierigkeiten beim Be- und Entladen ihrer Pkw. Sie weiß aus Erfahrung, dass es sich hier um eine ganz gefährliche Situation handelt. Wenn man mit dem Auto (Krankenwagen, Versorgungsfahrzeuge, Besucher usw.) dort herausfahren will, sieht man nicht, was von oben gefahren kommt. Radfahrer, die auf dem Fußweg fahren, sind nicht rechtzeitig zu sehen. Es sollte schon an der Scharfen Ecke ein Schild stehen, dass Radfahren verboten ist. Sie gratuliert dem Pflegeheim Kamillus im Darrweg zur 30-Zone. Mit einem offenen Brief hat sie sich bereits vor zweieinhalb Jahren an die MZ gewandt. Es folgte ein langer Bericht. Es kam keine Reaktion vom Stadtrat. Alte Leute haben scheinbar keine Lobby. Auf Grund der Tatsache, dass die Anordnung vereinfacht möglich ist, bittet sie darum, dass unbedingt geprüft wird, ob man es den Bewohnern, den Angestellten und den Besuchern des Hauses einfacher macht, über die Straße zu kommen. Ein Appell an die Autofahrer bringt nichts. Sie hat das Problem als sachkundige Einwohnerin mehrfach im Ausschuss angesprochen und wenn gesagt wird, dass um die Kurve nicht mehr als 30 km/h möglich sind, stimmt das definitiv nicht. Sie plädiert für Tempo 30 oder Hinweisschilder auf das Pflege- bzw. Seniorenheim. Das setzt ein Zeichen für die alten Leute, dass auch für sie etwas getan und an sie gedacht wird. Sie bittet um dringende Überprüfung. Es muss gleich etwas passieren, nicht wie beim Thema: Maßnahme Thälmannstraße.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß**

*Herr Strauß* bestätigt, dass die Thematik seit längerem in der Diskussion ist. Der Aspekt mit den Radfahrern ist neu. Bereits mit Herrn Knobloch hat er eine Begehung und einen eigenständigen Fahrversuch durchgeführt. Er geht davon aus, dass im begrenzten Bereich eine Geschwindigkeitsbegrenzung angeordnet wird. Allerdings ist das nur ein Teilstück des Problems. Wichtig ist, da die Straße in ihrer Dimensionierung bzw. Breite nicht mehr zum jetzigen Verkehrsaufkommen und innerstädtischen Bereich passt, anzupassen, eventuell mit Radwegen etc.. Das ist mittelfristig zu planen. Hinsichtlich der Geschwindigkeitsbegrenzung wird eine Lösung gefunden, in der Hoffnung, dass sich möglichst viele Verkehrsteilnehmer daran halten und es für sich annehmen.

## **Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek**

*Herr Skrypek* hat das Problem selbst schon im Hauptausschuss angesprochen. Deshalb hat es ihn gewundert, dass am Pflegeheim Kamillus die 30-Zone gleich umgesetzt wurde. Seines Erachtens kann es in der Mühlgasse genauso gehen. Auch in Roßla gibt es ein 30-er Schild und ein Hinweisschild auf das Altenpflegeheim. "Das sind wir unseren Eltern und allen älteren Leuten einfach schuldig."

## **Hinweis des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Hüttel* weist auf die 90-Grad-Kurve hin. Sehr viel schneller wird man an dieser Stelle definitiv auch nicht fahren. Man kann es testen, aber seines Erachtens kann man mit Spiegeln viel mehr erreichen. Auch dort, wo man von der entgegengesetzten Stelle in die Mühlgasse (Tor) fährt, würde man durch das Anbringen eines Spiegels sehr viel Gefahrenpotenzial herausnehmen.

## **17:15 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

### **6.2 Wahl des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"**

*Herr Strauß* begründet die Beschlussvorlage und unterbreitet den Vorschlag der Verwaltung, Herrn Matthias Knobloch als Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Bandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" zu entsenden.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

*Herr Skrypek* lässt über die Vorlage abstimmen.

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

*Herr Koch* legt sein Veto ein. In der Beschlussvorlage ist eine Wahl vorgeschrieben.

*Herr Skrypek* erklärt, dass keiner der Verfahrensweise widersprochen hat und somit offen abgestimmt werden konnte.

*Herr Koch* verweist darauf, dass die Frage hätte gestellt werden müssen, ob offen abgestimmt werden soll und eine offene Abstimmung wäre rechtmäßig, wenn keiner widersprochen hätte. Auf der Tagesordnung steht: 'Wahl'. Das kann die Kommunalaufsicht klären.

*Herr Skrypek* erklärt die vorangegangene offene Abstimmung für ungültig und leitet die Wahl ein.

- **Bildung eines Wahlausschusses für die Wahlen der TOP 6.2 und 6.3**

Herr Skrypek:

"Die Verwaltung schlägt Ihnen vor, den Wahlausschuss durch die Verwaltung zu besetzen. Wenn niemand dagegen spricht, erfolgt die Wahl unter der Leitung von Frau Brenneiser. Weitere Mitglieder sind Herr Bößenroth und Frau Becker."

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Besetzung des Wahlausschusses bestätigt.

## **1. WAHLGANG**

Frau Brenneiser:

Die **1. Auszählung** ergibt folgende Stimmenverteilung:

Herr Matthias Knobloch	22 Stimmen
------------------------	------------

Von 28 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern erhielt Herr Knobloch 22 Stimmen. Gemäß § 56 Abs.4 S.1 KVG LSA ist die Person gewählt, die im 1. Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat. Herr Matthias Knobloch hat die Mehrheit erreicht und ist als Vertreter der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" gewählt.

Herr Knobloch nimmt auf Anfrage von Frau Brenneiser die Wahl an.

Die Wahl wird unter der **Beschluss- Nr.: 4-36/18** registriert.

## **6.3 Wahl des 1. Stellvertreters für die Vertretung der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"**

Begründung: Frau Brenneiser

*Herr Skrypek* verliest die Vorschläge aus den Ausschüssen:

- Herr Harald Oster
- Herr Sven Strauß

und stellt nach Anfrage fest, dass es keine weiteren Vorschläge gibt.

*Herr Oster* stellt die Beweggründe seiner Kandidatur vor. Der 1. Stellvertreter wird nur dann tätig, wenn der Vertreter verhindert ist. Im Fall seiner Wahl ist er bereit, sich einzuarbeiten, in aktuelle und vergangene Verfahren und an den Sitzungen, auch ohne Vertretungspflicht, teilzunehmen. Er möchte aus der Praxis heraus unterstützen und dem Stadtrat somit eine weitere Kontrolle ermöglichen. Es entsteht kein Nachteil, sondern eine zusätzliche Möglichkeit.

*Herr Strauß* freut sich über das rege Interesse für die Tätigkeit in der Verbandsversammlung, denn Wasser ist ein wichtiges Thema für die Stadt. Heute ist der Welttag des Wassers. Als Vertreter hat er in der Vergangenheit auch immer versucht, mit ausführlichen Berichten, v.a. in den Ratssitzungen, den Interessen der Stadträte nachzukommen. In der Verbandsversammlung gibt es kontroverse Diskussionen und Entscheidungen. Im Gleichklang mit den Vertretern der anderen Kommunen muss hier in der Zukunft einiges bewegt werden. Vom Aufwand her, ist es günstig, wenn die Stellvertretung innerhalb der Verwaltung belassen wird. Er erinnert daran, dass das bisher so gehandhabt wurde. Als Vorteil wertet er, dass die Stadträte den direkten Zugriff auf den Oberbürgermeister haben. Unabhängig von persönlichen Befindlichkeiten, sollte hier eine sachliche Entscheidung getroffen werden, denn es geht hier um ein sehr wichtiges Thema.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte über die Vorlage nicht ab.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte über die Vorlage nicht ab.

*Herr Windolph* erinnert, dass der Oberbürgermeister am 22.06.2017 zum Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" gewählt wurde. Von diesem Posten trat er mit Schreiben vom 21.02.2018 zurück, mit der Begründung, Herrn Knobloch wegen seiner höheren fachlichen Eignung, den Vortritt zu lassen. Der Verdacht besteht, dass auf Grund der Kandidatur von Herrn Oster, persönliche Konsequenzen gezogen wurden. Dass er sich jetzt als Kandidat für den 1. Stellvertreterposten aufstellen lässt, ist nicht nachvollziehbar. Seine Fraktion hat durchaus auch Vertrauen in langjährige Stadträte, die die Stadt angemessen vertreten und sieht es als notwendig an, die Beschlüsse der Verbandsversammlung in einem fachlich geeigneten Gremium vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Deshalb der Vorschlag, diese Aufgabe dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt zu übertragen. Die Teilnahme des Fachbereichsleiters wäre hiermit gewährleistet und die Meinungsbildung transparent. Durch die Beschlussfassung im Stadtrat wäre es somit ein gebundenes Mandat für die Vertreter. Somit werden die Beschlüsse der Vertreter im Verband durch den Rat legitimiert und binden den Stadtrat in die Entscheidungsfindung ein. Damit ist der Vertreter an die Weisung des Rates gebunden.

*Herr Koch* schließt sich seinem Vorredner an. Das ist seit langer Zeit seine Intention. Er äußert Zweifel an der Kandidatur des Oberbürgermeisters, der als Dienstvorgesetzter des Vertreters, entscheiden könnte, dass er selbst an den Verbandsversammlungen teilnimmt.

*Frau Kümmel* fragt, ob sie Herrn Windolph richtig verstanden hat, dass die Vorlagen des Wasserverbandes im Bauausschuss vorberaten werden sollen. Dann müsste das als Antrag formuliert werden, denn das hat hier mit der Wahl nichts zu tun.

*Herr Skrypek* stellt fest, dass der Antrag nicht in diese Vorlage passt und schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Ratssitzungen, nach ordentlicher Vorbereitung und Diskussion in den Ausschüssen, zu beraten.

*Herr Koch* äußert sich dahingehend, dass Herr Oster gewählt werden müsste, um den Vorschlag realisieren zu können.

*Herr Strauß* gibt zu bedenken, dass die Absicht nicht kommunalrechtlich gedeckt ist. Eine Entscheidung in der Verbandsversammlung ist eine Entscheidung, die nach einer Beratung und Diskussion stattfindet. Man braucht sich der Illusion nicht hingeben, egal wer gewählt wird, dass die Möglichkeit besteht, den Vertreter in seinem Abstimmungsverhalten an die Entscheidung des Stadtrates zu binden. Das Ziel, die Vorlagen in einem Ausschuss vorzubereiten, kann man auch, unabhängig von der gewählten Person, erreichen. Er appelliert noch einmal dafür, die Entscheidung sachlich zu treffen, denn der Vertreter und seine Stellvertreter entscheiden nicht unerheblich über das Wohlergehen der Bürger und über die Finanzen der Stadt Sangerhausen.

*Herr Windolph* ergänzt. Der wesentliche Punkt, den die CDU-Fraktion erreichen will, ist, dass die Beschlussvorlagen im Fachausschuss vorberaten und dann im Stadtrat erläutert werden. Natürlich zieht das längere Ladefristen für den Verband nach sich. Ziel ist, mehr Transparenz und Offenheit den Bürgern gegenüber.

*Herr Schmidt* schätzt beide Kandidaten sehr. Er richtet sich an Herrn Windolph und fragt nach dem Protokoll der Begehung in Riestedt zum Thema Vernässungen, auf das er schon anderthalb Jahre wartet. Die Riestedter kennen die Wasserproblematik, sowohl im Trinkwasser- als auch im Abwasserbereich. Wenn Probleme auftreten, sollten die Vertreter sofort verfügbar sein. Dann kann nicht gewartet werden, denn sofortige Hilfe ist hier entscheidend.

*Herr Hüttel* fragt, ob er richtig verstanden hat, dass sich der Oberbürgermeister als einziger in der Lage sieht, für die Bürger die richtige Entscheidung zu treffen und der Stadtrat dazu nicht in der Lage ist. Er bittet um Aufklärung.

*Herr Strauß* antwortet, dass ihn Herr Hüttel falsch verstanden hat.

*Herr Koch* verweist darauf, dass die jetzige Diskussion juristisch schwerwiegend ist. Die Frage ist, ob es ein Weisungsrecht des Stadtrates für den Vertreter in der Verbandsversammlung gibt. Dazu existieren unterschiedliche Urteile. Aus seiner Rechtsauffassung heraus, gibt es ein solches in Sachsen-Anhalt. Das kann aber noch endgültig juristisch geklärt werden.

*Herr Peche* hat Hochachtung davor, dass der Oberbürgermeister zurückgetreten ist, bevor es zu einer Beschlussfassung gekommen ist. 4 Fraktionen des Stadtrates waren sich einig. Er hatte keine Chance. Auch der Stadtrat hat Hochachtung verdient, dass ein anderer Weg eingeschlagen wurde. Es war immer klar, dass Herr Knobloch in die Funktion eingebunden werden sollte. Da er von Anfang an im Stadtrat ist, weiß er, dass ein Mitglied des Stadtrates in dieser Funktion tätig war. Diese Person hat es in der Zwischenzeit oft genug bereut. Das ist eine Aufgabe, die über normale Ratsarbeit hinausgeht. In der Verwaltung liegt die Fachkompetenz. Die Umsetzung des Vorschlages der CDU bedeutet einen enormen Zeit- und Arbeitsaufwand für die Ausschussmitglieder. Am Anfang der Sitzung, als es um die Heine-Schule ging, wurde gesagt, dass das kein Thema für die Stadt ist. Außer eine, gab es noch keine Rückantwort auf den Vorschlag der B.I.S./FBM-Fraktion. Wenn das eine gewollt ist, sollte auch das andere berücksichtigt werden. Dann kann das Thema Heine-Schule auch im Schul- und Sozialausschuss beraten werden, denn die Schule befindet sich auf dem Territorium der Stadt Sangerhausen.

*Herr Kotzur* stimmt seinem Vorredner zu. In den vielen Jahren, die er im Stadtrat ist, wurde jede Vorlage des Wasserverbandes von dem jeweiligen Vertreter vorgetragen und die Stadträte haben ihre Vorschläge unterbreitet. Die Vertreter haben sich an die mehrheitlichen Weisungen gehalten. Das heißt, der Rat hat schon eine Weisungsberechtigung. Wenn ein Ausschuss eine Weisungsberechtigung erhalten soll, dann muss dieser zum beschließenden



Ausschuss gemacht werden. Er ist für jede Erweiterung der Transparenz, aber das funktioniert nicht.

## 1. WAHLGANG

Frau Brenneiser:

Die **1. Auszählung** ergibt folgende Stimmenverteilung:

Herr Harald Oster                      14 Stimmen

Herr Sven Strauß                        14 Stimmen

Gemäß § 56 Abs.4 S.1 KVG LSA ist die Person gewählt, die im 1. Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat.

Keiner der Kandidaten hat die Mehrheit der Stimmen erreicht.

Gem. § 56 Abs. 4 Satz 2 KVG LSA findet ein 2. Wahlgang statt.

Laut Satz 3 ist im 2. Wahlgang die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat.

Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht.

**Pause von 18:05 Uhr bis 18:18 Uhr**

## 2. WAHLGANG

Die **2. Auszählung** ergibt folgende Stimmenverteilung:

Herr Harald Oster                      12 Stimmen

Herr Sven Strauß                        16 Stimmen

Die meisten Stimmen entfallen auf Herrn Sven Strauß.

Er wurde somit als 1. Stellvertreter für die Vertretung der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz" gewählt.

Herr Strauß nimmt auf Anfrage von Frau Brenneiser die Wahl an.

Die Wahl wird unter der **Beschluss- Nr.: 5-36/18** registriert.

18:20 Uhr  
Herr Jung und  
Frau Römmisch gehen = 26

#### **6.4 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Wippra der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Bößenroth

##### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

##### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

##### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Wippra** stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

##### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage befindliche Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Wippra der Stadt Sangerhausen.*

##### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** 01.05.2018

18:26 Uhr  
Herr Jung kommt = 27

#### **6.5 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Grillenberg der Stadt Sangerhausen**

*Herr Bößenroth* begründet die Beschlussvorlage und weist auf eine Änderung hin. Auf Grund der geplanten Baumaßnahmen am Freibad, hat der Ortschaftsrat von Grillenberg mehrheitlich dafür gestimmt, die Kurtaxe pro Tag bei 0,50 Euro zu belassen.

##### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Grillenberg** lehnte die ursprüngliche Beschlussvorlage mit 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich ab.

*Herr Kinne* spricht als Fraktionsmitglied der BOS und als Ortsbürgermeister. Die Frage kam auf, warum sich die Ortschaft Geld entgehen lassen will. Wenn alles gut geht, wird ab Juli mit der Baumaßnahme Freibad Grillenberg begonnen. Dadurch wird auch die Nutzung des Caravan- und Campingplatzes behindert. Demzufolge kann man den Urlaubern und Gästen eine Erhöhung der Kurtaxe nicht vermitteln. Ziel ist, dass Ende des Jahres noch einmal darüber beraten wird, ob die Kurtaxe auf 1 Euro angehoben wird.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage befindliche Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe für den OT Grillenberg der Stadt Sangerhausen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** 01.05.2018

### **6.6 Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung - Sanierungsgebiet Wippra-Ortskern**

Begründung: Herr Knobloch

### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Die anwesenden **Ortschaftsräte von Wippra** stimmten der Beschlussvorlage einstimmig zu.

*Herr Peche* informiert, dass seine Fraktion nach der Sanierungsausschusssitzung über die Vorlage noch einmal ausführlich beraten hat. Es ist richtig, dass es das Sanierungsprogramm

nicht mehr gibt, aber war das gewollt? Alle Aufgaben (städtebauliche Missstände beseitigen, private Grundstücke verbessern), die genannt wurden, sind in Wippra noch gegeben. Er fragt, welches Signal der Stadtrat gibt, wenn er in blindem Gehorsam sagt, dass aus dem Programm ausgestiegen wird, nur weil das Land keine Mittel mehr zur Verfügung stellt. Im Gegenteil, man müsste jetzt die Landesregierung auffordern, ein Programm aufzustellen, sodass gerade im ländlichen Raum, die Sanierung der öffentlichen und privaten Gebäude erhalten wird. Wenn das mit aufgenommen wird, kann man dieser Beschlussvorlage zustimmen. Deshalb wird seine Fraktion jetzt nicht zustimmen.

*Herr Knobloch* stimmt inhaltlich zu, bedauert es aber, dass die Diskussion nicht schon im Sanierungsausschuss geführt wurde.

*Herr Peche* erklärt, dass vor und nach den Ausschusssitzungen in den Fraktionen über die Vorlagen gesprochen wird. Nach der Beratung im Sanierungsausschuss sind neue Erkenntnisse eingeflossen.

*Herr Knobloch* ist gern bereit, das vertieft zu diskutieren.

*Herr Strauß* schlägt vor, die Vorlage zurückzuziehen, um noch einmal in die Diskussion einzusteigen.

*Herr Peche* schlägt vor, die Vorlage in 1. Lesung zu behandeln, weil das Thema zu wichtig ist. Die Frage kommt auf, warum das in der Innenstadt realisiert wird und woanders nicht. Er stellt den Antrag auf 1. Lesung.

*Herr Strauß* zieht seinen Vorschlag zurück.

*Herr Kotzur* stimmt für eine 1. Lesung, denn die Programme sind äußerst wichtig. Er bittet aber darum, dass bis zur 2. Lesung analysiert wird, ob es Möglichkeiten für Anschlussprogramme gibt. Es gibt mit Sicherheit auch andere Programme, um eine Fortführung der Maßnahmen zu gewährleisten. Das gilt auch für weitere Maßnahmen in der Kernstadt und allen Ortsteilen.

#### **Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung (B.I.S./FBM-Fraktion)**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist der Antrag auf 1. Lesung einstimmig angenommen.

#### **6.7 Aufstellungsbeschluss der örtlichen Bauvorschrift über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung von Anlagen der Außenwerbung und die Aufstellung von Warenautomaten in der Kernstadt der Berg- und Rosenstadt (Werbeanlagensatzung)**

Begründung: Herr Knobloch

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

## **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

## **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Mit einem Antrag, dass die Sondernutzungssatzung in diesem Zusammenhang zu prüfen ist, stimmte der Ausschuss der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

*Herr Skrypek* fragt, ob das Auswirkungen auf die Vorlage hat.

*Herr Knobloch* verneint.

## **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

*Herr Hüttel* hat eine grundsätzliche Frage zur Begründung. Er hat sich die Werbeanlagensatzung auf der Homepage der Stadt Sangerhausen angesehen und fragt, ob bei Beschlussfassung, diese alte Satzung wieder aktuell ist. Warum wird nicht erstmal über neue Inhalte diskutiert, bevor die alte wieder in Kraft gesetzt wird.

*Herr Knobloch* informiert, dass die alte Satzung mit Unterstützung des Stadtrates modifiziert wird. Damit das gemacht werden darf, ist der heutige Beschluss erforderlich. Die alte Satzung wurde beschlossen und damals hieß es nach Landesbauordnung, dass sie nur 5 Jahre gilt. In der Laufzeit der alten Satzung wurde die Landesbauordnung geändert und in der neuen, ist der Passus der 5 Jahre nicht mehr geregelt. Um dem Streit, ob das eine oder das andere gilt, aus dem Weg zu gehen, soll die alte Satzung modifiziert und beschlossen werden.

## **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung der örtlichen Bauvorschrift über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung von Anlagen der Außenwerbung und die Aufstellung von Warenautomaten in der Kernstadt der Berg- und Rosenstadt (Werbeanlagensatzung) für den Geltungsbereich des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes "Sangerhausen-Kernstadt" und des Erhaltungsgebietes "Sangerhausen-Altstadtkern".*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## 6.8 Übernahme und Widmung der Straße Gonnaufer

Herr Knobloch begründet die Vorlage und antwortet auf eine Anfrage aus dem Sitzungsraum. Die Stadt wird nach der Widmung auch Winterdienst leisten.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, das Flurstück 422, Flur 4, Gemarkung Sangerhausen in das Eigentum der Stadt Sangerhausen zu übernehmen und für den öffentlichen Verkehr zu widmen.*

#### **Festsetzungen:**

1. *Klassifizierung:*  
*Die bezeichnete Straße ist eine Gemeindestraße (gem. § 3 Abs.1 Pkt. 3 Straßengesetz Land Sachsen-Anhalt).*
2. *Funktion:*  
*Die Straße ist eine Anliegerstraße (gem. Definition Straßenausbaubeitragssatzung).*
3. *Träger der Straßenbaulast:*  
*Die Stadt Sangerhausen ist der Straßenbaulastträger.*
4. *Widmungsbeschränkungen:*  
*keine*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## 6.9 Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss Entwicklungssatzung "Heizwerk Ost"

Begründung: Herr Knobloch

### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung der Entwicklungssatzung "Heizwerk Ost". Der vorliegende Entwurf soll öffentlich ausgelegt werden, die Behörden und Nachbargemeinden sollen beteiligt werden. Die Kosten des Verfahrens übernimmt der Investor.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	26
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.10 Beschluss über die Neuausfertigung des Flächennutzungsplanes**

Begründung: Herr Knobloch

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Neubekanntmachung des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes in der Fassung, die er durch die erfolgten Änderungen und der nachrichtlichen Übernahme der Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete erfahren hat. Die Neuausfertigung wird durch die Neubekanntmachung rechtswirksam.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-36/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

- **Verabschiedung einer Resolution**  
- eingebracht von der B.I.S./FBM-Fraktion (Herr Peche)

## **Resolution des Stadtrates der Stadt Sangerhausen**

"Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bittet die Mitglieder des Kreistages sowie die Landrätin, nochmals über mögliche alternative Lösungen zur Sanierung der Heinrich-Heine-Schule nachzudenken.

Die Variante eines alternativen Standortes für einen Neubau der Heinrich-Heine-Schule bzw. die Vermeidung eines 3-jährigen Schüler-Überlandverkehrs, sollte nochmals in ihre Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Sangerhausen"

## **Abstimmung über die Resolution**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit wird die Resolution mehrheitlich vom Stadtrat verabschiedet.

*Herr Oster* bedankt sich für die Stimmen der Stadträte bei der Wahl des 1. Stellvertreters des Vertreters der Stadt Sangerhausen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz und gratuliert Herrn Strauß zu dieser Funktion.

## **7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**

### **7.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz**

## **8. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Skrypek* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal. Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

Um 18:55 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung  
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek  
Vorsitzender



